

## Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

HANS-GÜNTHER BRÜSKE

### *Neue Führungsmannschaft*

Als Präsident (zunächst) wider Willen, aber (von Anfang an) nicht ohne Willen ist Gerd Muhr zu charakterisieren, der in der 220. Plenarsitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA) am 24. Oktober 1984 für zwei Jahre zum Präsidenten dieser Interessen- und Verbandsversammlung gewählt wurde. Für die 2. Hälfte der 7. Mandatsperiode stand eigentlich seit langer Zeit ein anderer Präsidentschaftsaspirant fest: Alois Pfeiffer, stellvertretender DGB-Vorsitzender und als deutscher Arbeitnehmervertreter seit 1982 Vizepräsident des WSA. Im Rahmen der Erneuerung der Kommission wurde ihm – nicht zuletzt auch aufgrund seiner im WSA in vielen Jahren erworbenen EG-Kompetenz – der Posten eines Kommissars angeboten<sup>1</sup>. Er nahm verständlicherweise die Offerte an. Der WSA mußte wieder einmal auf einen prominenten Kopf verzichten<sup>2</sup>. Muhr gehört, anders als sein französischer Vorgänger und Arbeitgeber-Repräsentant François Ceyrac, nicht der a.D.-Riege innerhalb der WSA an. Er ist als stellvertretender DGB-Vorsitzender für den Bereich der Sozialpolitik zuständig, ferner ist er u.a. Vizepräsident des Internationalen Arbeitsamtes und Vorsitzender des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit. Dem WSA gehört er seit 1970 an. Der profilierte Gewerkschaftler Muhr ließ in seiner Antrittsrede schon gleich die inhaltliche Zielrichtung seiner Präsidentschaft unmißverständlich erkennen: Das Problem der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste EG-Sorge; die Überwindung derselben hat konkurrenzlos Priorität<sup>3</sup>. Diesem Thema untergeordnet werden auch die strategischen sowie institutionellen Überlegungen des Ausschusses, die der neue Präsident unter dem Gesichtspunkt der Effizienzsteigerung behandeln will.

Zusammen mit dem neuen Präsidenten bestimmte das WSA-Plenum gleichzeitig die beiden Vizepräsidenten und das Präsidium für die Zeit von Oktober 1984 bis September 1986. Dabei erreichte Muhr selbst mit 102 von 117 gültigen Stimmen (118 wurden abgegeben) das schlechteste Ergebnis. Seine beiden Vizepräsidenten Philippus H. Noordwal (Arbeitgebergruppe/Niederlande) und Umberto Emo Camodilista (Gruppe der Verschiedenen Interessen/Italien) erhielten 117 bzw. 113 Stimmen<sup>4</sup>. Der Verdacht liegt nahe, daß einige Mitglieder der Arbeitgebergruppe und der der Verschiedenen Interessen den deutschen Gewerkschaftler nicht mitwählten.

*Reformnotwendigkeit und -fähigkeit*

Zum Jahresende 1983 wurden die Arbeiten an einen Bericht abgeschlossen, der sich mit der Analyse der internen Arbeitsabläufe des WSA befaßt<sup>5</sup>. Dieser „Bericht über den Aufbau und die Arbeitsweise des Sekretariats des WSA (Analysegruppe WSA)“ wird nach dem Vorsitzenden der Untersuchungsgruppe als „Hay-Bericht“ bezeichnet. Die Ergebnisse basieren – abgesehen von der Sachkenntnis der Mitglieder – auf der Befragung von einem Viertel der WSA-Mitarbeiter, die, nach Laufbahngruppen aufgeschlüsselt, interviewt wurden<sup>6</sup>. Als Ergebnis der Befragungen kam heraus: Die hohe Qualität der Arbeiten des WSA, seine Spezialisierung und seine Leistungsfähigkeit sind anerkannt und bedingen seine Stellung sowie Funktion innerhalb des institutionellen EG-Gefüges. Kritisiert werden aber insbesondere die interne Zentralisierung, die Hierarchie der Verwaltung (Mangel an formaler Befugnisübertragung), die unzureichende funktionale Organisation, d.h. die Trennung zwischen Verwaltung und politischer Aufgabenerfüllung, die fehlende Kontrollkapazität, das strukturelle Ungleichgewicht des Personaleinsatzes (15 % im operationellen Dienstleistungssektor und 85 % für Verwaltungs- sowie Hilfsaufgaben, wobei wiederum der Arbeitsanfall im operationellen Bereich, der die inhaltlichen Arbeiten vorbereitet bzw. koordiniert, unausgewogen verteilt ist), Defizite bei der Motivation des Personals, die unelastische Personalpolitik sowie die unzureichende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Der Hay-Bericht postuliert dann einige Empfehlungen an die WSA-Verantwortlichen. Danach soll es eine klarere Trennung von Leitungs- und Verwaltungsaufgaben geben, die gegenseitige Abschottung der operationellen sowie administrativen Bereiche ist zu überwinden und im operationellen Bereich sind gleichgewichtige Einheiten zu schaffen. In praxi würde dies eine neue Direktionsaufteilung, mehr Verantwortung auf der Abteilungsebene, eine Kontrollstelle für den prioritätsorientierten Ablauf der Arbeiten sowie eine bessere interne Kommunikation bedeuten<sup>7</sup>.

Nun ist es interessant festzuhalten, daß der WSA die schriftlich fixierte Reformbedürftigkeit nicht ohne weiteres umsetzen konnte in eine selbstbestimmte Reformfähigkeit. Wohl wurden einige Schritte eingeleitet, wie zum Beispiel die Reintegration ‚freischwebender Abteilungsleiter‘ in bestehende Arbeitseinheiten und die mittelfristige Programmierung der Ausschlußaktivitäten mit dem Ziel, Termine einzuhalten, aber die weitergehende Umsetzung des Hay-Berichtes steht noch aus. Der Ausschuß, seine Gremien, sind in dieser Angelegenheit die hausgemachten Bremser. Kritik wird seitens des Präsidiums geübt an dem rein schematischen Vorgehen der Hay-Gruppe, die nicht die politischen Zwänge sowie Notwendigkeiten in ihre Analyse mit einbezog. Auch die personale Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe wird mit einem Fragezeichen versehen. Da der Hay-Bericht nun aber einmal ein Faktum ist, muß darüber diskutiert werden, nach Möglichkeit mit Ergebnissen. Die Kompetenzverteilung und die Gestaltung der Arbeitsläufe sind dabei zentrale Themen,

nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Änderung der Geschäftsordnung, die als Steuerungsinstrument für die Effektivität der Ausschubarbeiten spätestens zum Zeitpunkt der EG-Erweiterung an Bedeutung gewinnt. Es bleibt abzuwarten, ob die interne Reform kommt, oder ob sie intern verhindert wird.

#### *Gruppen und Mitglieder*

Analog zu dem Präsidium wurden auch die Gruppenvorstände neu gewählt. Dabei gab es keine Änderungen bei den Führungsfunktionen: Die Deutschen Käte Strobel und Hans-Werner Staratzke leiten die Gruppe III (Verschiedene Interessen) bzw. I (Arbeitgeber), der Niederländer J.M.W. van Greunsven steht weiterhin der Gruppe II (Arbeitnehmer) vor. Im Berichtsjahr gab es wenig Kollisionen der Gruppen, abgesehen von deren originären Interessenwahrnehmung<sup>8</sup>. Bei der Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht 84/85 der Kommission unterlag die Arbeitnehmergruppe nur knapp im Plenum mit einem grundlegenden Änderungsantrag (65 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen). Die Themen „Integrierte Mittelmeerprogramme“ und „Süderweiterung“<sup>10</sup> benutzten besonders die griechischen WSA-Mitglieder zum Hervorzeigen nationaler Interessen. Gleichzeitig setzte sich aber der Prozeß des Hineinwachsens dieser Neumitglieder in die europäische Verantwortungsdimension fort. Andere nationale Positionen traten allenfalls noch bei den Problemkreisen „Katalysatoren“ und „Bleifreies Benzin“<sup>11</sup> auf; es gab die Wiederholung regierungsamtlicher Argumente. Beide Themen stellten sich aber schließlich als konsensfähig heraus.

#### *Im Überblick: Die Arbeit des Ausschusses im Jahre 1984*

Es bedurfte erneut eines erheblichen Sitzungsaufwandes, um die insgesamt 118 Stellungnahmen (davon acht Initiativstimmungen) zu erarbeiten und zu verabschieden<sup>12</sup>. Dabei gingen zum Zeichen der allgemeinen Integrationsstagnation die Beratungsaufträge von Rat und Kommission von 116 in 1983 auf 78 in 1984 zurück.

Mit der Organisation der ersten großen Konferenz über „Europa und die neuen Technologien“<sup>13</sup> setzte der WSA am 6. und 7. November 1984 einen neuen Maßstab für die Behandlung dieses Themas; eine andere Akzentuierung der Arbeit des Ausschusses gab es bei der Anhörung des Präsidenten vor dem ad hoc-Ausschuß „Europa der Bürger“. Über Europas Chancen bei der Einführung, Herstellung und Operationalisierung der Neuen Technologien diskutierten zwei Tage lang über 650 Experten aus den EG-Ländern; Rat und Kommission waren jeweils wie auch das Europäische Parlament höchststrangig vertreten<sup>14</sup>. In drei Arbeitskreisen wurden die auf Europa zukommenden, bzw. schon bestehenden Herausforderungen diskutiert: 1. Die Anwendung der neuen Technologien in den herkömmlichen Massengüterindustrien; 2. Die Entwicklung der neuen Informationstechnologien und 3. Die Biotechnologie und ihre Anwendung in der Industrie. Mit dieser Konferenz gelang dem WSA eine

breit gestreute Sensibilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Organisationen in der EG sowie der europäischen Institutionen für das Thema neue Technologien. Ziel war es, wie Präsident Muhr bei seiner Eröffnungsrede formulierte, die Akzeptanz der neuen Technologien durch die Betroffenen zu gewährleisten und den technischen Fortschritt sozial kontrollierbar zu machen. Dabei ist das „gemeinsame Schicksal als Europäer an die erste Stelle zu setzen“<sup>15</sup>. Es ging – und geht – um die aktive Gestaltung der EG-Zukunft.

Auf einer anderen, mehr unmittelbar den Bürger betreffenden Ebene ging es auch um diese beständige Frage europäischen Handelns: der WSA-Präsident gab vor dem ad hoc-Ausschuß „Europa der Bürger“ eine umfängliche Stellungnahme aus der Sicht der Interessenverbände, so wie sie sich im WSA artikulieren, ab<sup>16</sup>. Das „Europa der Bürger“ wird gesehen im Kontext der „Europäischen Union“, deren Vollendung permanentes Ziel der WSA-Arbeiten ist. Etliche Stellungnahmen konzentrieren sich auf diese Zielvorgaben<sup>17</sup>. Vom europäischen Bürger ausgehend, kondensierte Präsident Muhr daraus einige Befindlichkeiten: Es gibt den EG-Bewohner als Reisenden/Touristen/Verkehrsteilnehmer, als Verbraucher, als in seiner Lebensqualität Betroffenen (Umwelt), als Unternehmer/Geschäftspartner, als Berufstätigen, als Informationsbezieher und als Teilnehmer am Geldverkehr<sup>18</sup>. Wer eine europäische, eine EG-Identität erreichen möchte, muß merkbar gerade an der Stabilisierung dieser Befindlichkeiten arbeiten, muß „mutige Schritte nach vorn tun“<sup>19</sup>.

Der WSA kann sich nicht von der europäischen Resignation befreien; er kann nur versuchen, spezifische Beiträge zu deren Überwindung, zumindest aber partiellen Eindämmung, zu leisten. Dies unternimmt er mit seinen Stellungnahmen. Darüber hinaus ist er auf das Interesse angewiesen, das ihm die anderen EG-Institutionen reservieren; es wäre schon ein Fortschritt, wenn der WSA auch dem Europäischen Parlament seine Dienste, seine Kompetenzen, umfassend anbieten dürfte. Er könnte zusätzliche Anstöße bewirken; seine Mitglieder sowie Mitarbeiter wären nachhaltiger motiviert. Ebenfalls besteht der Wunsch, vermehrt von der Kommission befragt zu werden. Dagegen gab es im Berichtszeitraum immerhin Regelungen bei der tagtäglichen Koordination der Arbeiten des Institutionendreiecks Rat-Kommission-WSA: Die Terminabstimmung wurde verbessert, nicht zuletzt durch die Teilnahme von Generaldirektionen beider Organe an den Sitzungen des WSA-Präsidiums.

Bei der Agrarpolitik (GAP) gelang es auch dem WSA nicht, richtungsweisende Reforminitiativen zu lancieren. Er plädierte im Gegenteil für eine intensivere Administrierung der GAP durch die Verstärkung von Planungs- und Kontrollmechanismen<sup>20</sup>. Im Bereich der Sozialpolitik fiel der WSA mit einer Initiativstellungnahme zur Arbeitsmedizin auf; er fordert die Verabschiedung einer Gemeinschaftsrichtlinie<sup>21</sup>. Die Revision der Verordnung über die Errichtung des Regionalfonds nahm der Rat vor bei Einbeziehung der meisten Empfehlungen des WSA<sup>22</sup>. Der Schiffsbau ist neben dem Thema „tax-free-shops“<sup>23</sup> besonders zu erwähnen. Es wird sogar an einen direkten EG-Protektionismus

gedacht, damit die europäischen Werften weiter konkurrenzfähig und bestehen bleiben können: Reeder der Gemeinschaft sollen Anreize bekommen, ihre Aufträge an EG-Werften zu vergeben, die sich allerdings vorher zu leistungsfähigen Einheiten neu gruppieren müssen<sup>24</sup>. Mit zwei aufschlußreichen Initiativstellungnahmen setzte der WSA Akzente bei der Behandlung der Außenbeziehungen: Die Verbindungen der EG zu den EFTA-Staaten und zu Jugoslawien wurden analysiert<sup>25</sup>. Die Frage der Erweiterung stand wie gehabt auf der Tagesordnung<sup>26</sup>. Die Arbeiten an einem Informationsbericht zu den „Energieoptionen: umweltpolitische Zwänge und ihre Auswirkungen auf die Energiestrategie der Gemeinschaft“ wurden in 1984 begonnen. Präziser sind dagegen schon die Forderungen, gemeinschaftliche Aktionen zum Schutz des Waldes zu starten, d.h. Maßnahmen gegen Brände und saure Niederschläge zu ergreifen<sup>27</sup>: Bei den Emissionswerten und den Kfz-Abgasen soll bis 1995 bzw. 1991 die Einhaltung der Zielwerte erreicht sein. Auch die Meeresverschmutzung zählte im Berichtsjahr zu den interessanten, öffentlich brisanten Beratungsthemen<sup>28</sup>; ebenfalls die Abfallbeseitigung<sup>29</sup>. Schließlich griff der WSA in 1984 in einer Initiativstellungnahme das Thema auf, das intern beim Arbeitsvollzug immer für Konflikte gut ist, nämlich den Dialog Erzeuger-Verbraucher<sup>30</sup>. Hier scheint öffentlich ein Handlungs- zumindest aber Reglementierungsbedarf zu bestehen – von Verbraucherseite aus gesehen –, denn mittels einer Rahmenrichtlinie wären die verschiedenen Formen des Dialogs, Vereinbarungen und Verhaltenskodizes sowie Durchsetzungsinstrumente und der Rechtsschutz festzuschreiben. Dem freien Spiel der Interessengruppen auf nationaler Ebene scheint nicht genug getraut zu werden und der WSA als europäische Plattform nicht ausreichend zu sein. Man darf sich fragen, ob der Dialog Verbraucher-Erzeuger wirklich der Reglementierung, der Verordnung von oben, bedarf, oder ob dieser sich nicht besser von unten aufgrund von politischen Bedürfnissen entwickeln soll.

Insgesamt bleibt zu wünschen, daß Rat, Kommission und Parlament häufiger die Dienste des WSA bei Grundsatzfragen EG-politischer Brisanz in Anspruch nehmen – und auch zu erkennen geben, was sie bei ihren Entscheidungen von den WSA-Vorschlägen übernommen haben.

### Anmerkungen

- 1 Als Nachfolger von Wilhelm Haferkamp.
- 2 Anlässlich der ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes wechselten schon eine Reihe profilierter WSA-Mitglieder von Brüssel nach Straßburg; vgl. dazu Hans-Günther Brüske, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß, in: EG-Magazin, Bonn 1980, H. 2, S. 14.
- 3 Die Rede ist abgedruckt in der Anlage 2 zum Protokoll über die 220. Plenartagung des WSA am 24./25. Oktober 1984; vgl. Dok. CES 986/84.
- 4 Die Namen des Präsidiums sind veröffentlicht in: Bulletin des WSA, Nr. 10/1984, S. 3f.
- 5 Siehe dazu Hans-Günther Brüske, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß, in: Jahrbuch der

- Europäischen Integration 1983, Bonn 1984, S. 86-91, hier S. 90.
- 6 Auf die Fragwürdigkeit dieses methodischen Ansatzes wird hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen.
- 7 Ein umfangliches Szenarium für die Reform des WSA entwickelte im Akademischen Jahr 1983/84 des Europa Kollegs Brügge Rosemary O'Farrell in ihrer Seminararbeit "Reforming the European Economic and Social Committee".
- 8 Zu den Gruppen vgl. Jahresbericht des WSA für 1984, Brüssel 1985, S. 73-78.
- 9 Vgl. Dok. CES 1084/85.
- 10 Vgl. Dok. CES 666/84.
- 11 Dok. CES 1207/84.
- 12 10 Plenar- und 11 Präsidiumssitzungen; 884 Treffen der Gruppen der Fach-, Studien- und Untergruppen sowie anderer Beratungsgruppen.
- 13 Siehe dazu den Konferenzbericht „Europa und die neuen Technologien“, Brüssel 1985.
- 14 U.a. Parlamentspräsident Pflimlin, Ratspräsident Bruton, die Kommissare Davignon und Richard.
- 15 Vgl. Redemanuskript vom 6. November 1984.
- 16 Der Text liegt schriftlich als Dok. DI 99/84 vor.
- 17 Ebenda, S. 7f.
- 18 Vgl. ebenda, S. 11-29.
- 19 Ebenda, S. 30
- 20 Vgl. Jahresbericht 1984, S. 17ff.; die ganze Palette der Reformnotwendigkeiten und der Hintergründe dabei werden referiert. Die Mitverantwortlichkeit der Landwirte findet allerdings auch Erwähnung.
- 21 Dok. CES 858/84
- 22 Siehe Jahresbericht 1984, S. 39 und Dok. CES 342/84.
- 23 Vgl. Jahresbericht 1984, S. 45.
- 24 Vgl. Dok. 854/84.
- 25 Das Ergebnis ist in den Dok. CES 338/84 sowie 857/84 nachzulesen.
- 26 Hier gab es auch eine Initiativstellungnahme; siehe Dok. CES 666/84
- 27 Vgl. Jahresbericht 1984, S. 57 und Dok. CES 654/84.
- 28 Dok. CES 664/84.
- 29 Dok. CES 540/84.
- 30 Dok. CES 530/84.

### Weiterführende Literatur

- Brüske, Hans-Günther, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften. Die institutionalisierte Interessenvertretung als Faktor der europäischen Integration, o.O.: Schäuble-Verlag 1979, 141 S.
- Ders., Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften, in: Wichard Woyke (Hrsg.), Europäische Gemeinschaft. Problemfelder - Institutionen - Politik, Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 3, München/Zürich: Piper 1984, S. 416-418.
- Le Comité économique et social des Communautés européennes. Un carrefour d'influence des forces économiques et sociales en Europe. Actes des journées d'études de droit européen, Lyon 11 et 12 mai 1983, hrsg. vom Comité économique et social des Communautés européennes, Université Jean Moulin, Lyon III, Brüssel 1983.
- Schwaiger, Konrad u. Emil Kirchner, Die Rolle der Europäischen Interessenverbände. Eine Bestandsaufnahme der Europäischen Verbandswirklichkeit, Baden-Baden: Nomos-Verlag 1981, 251 S.
- Teisseire, Jean-Pierre, Le Comité économique et social: organe accessoire ou institution à part entière, in: Administration, Revue d'étude et d'information, Paris 1982, Nr. 117, S. 68-80.